

Medienmitteilung der IG Freiheit

Steigende Bundesausgaben, wachsende Verwaltung: Frohes Arbeiten ohne Zeit- und Kostenkontrolle?

Die IG Freiheit ist enttäuscht, aber auch besorgt darüber, dass der Nationalrat die Vorstösse von Diana Gutjahr und Fabio Regazzi zur Schaffung von Kostentransparenz ablehnt. Der Umgang mit Steuergeldern ist besorgniserregend. Dass in der Bundesverwaltung offenbar nicht einmal die Kosten pro Arbeitsstunde erhoben werden, ist unglaublich. Die IG Freiheit wird in dieser Sache nachhaken.

Was für jeden Gewerbebetrieb eine Selbstverständlichkeit ist, scheint für die Bundesverwaltung ein Fremdwort zu sein: Eine Erfassung der Kosten gibt es nicht. Während jedes Unternehmen die genauen Kosten für die einzelnen Aufträge und Mandate gegenüber den Kunden ausweisen muss, hält dies der Bund offenbar nicht für nötig. Gewisse Nationalräte empfinden es sogar als Einschränkung ihrer parlamentarischen Freiheit, wenn sie über die Kosten, welche ihre Aktivitäten auslösen, Rechenschaft ablegen müssen.

Für die Bundesverwaltung, so die Argumentation der Ratsmehrheit, sei nicht zumutbar, was in der Privatwirtschaft selbstverständlich ist. Eine genaue Erhebung der Kosten und des zeitlichen Aufwands für die Beantwortung von Fragen oder Vorstössen sei «nicht verhältnismässig» und erfordere «aufwendige Abklärungen». Kosten- und Zeitdruck sei zudem der Qualität der Arbeit abträglich, was in der Politik unbedingt vermieden werden müsse.

Realitätsferne Politik auf Kosten der Steuerzahler

Aus Sicht der IG Freiheit ist diese Haltung unverständlich, realitätsfremd und zudem verantwortungslos gegenüber den Steuerzahlern. Um seriös über eine neue Massnahme oder die Lancierung eines Projekts beschliessen zu können, muss man zwingend die Kosten kennen, welche der Entscheid auslöst. Niemand würde in privatem Rahmen den Entscheid über die Renovation einer Liegenschaft oder über die Installation eines neuen Aufzugs treffen, ohne zuvor eine genaue Offerte einzufordern. Nur so kann man einschätzen, ob man sich das Projekt leisten kann oder ob die Kosten die zur Verfügung stehenden Mittel übersteigen.

Entscheidend ist ein Punkt: Bei privaten Projekten geht es um eigenes Geld. Bei Entscheiden, welche die Politik trifft, geht es um das Geld der Steuerzahler. Treffend hat die ehemalige britische Premierministerin Margaret Thatcher angemerkt: «Let us never forget this fundamental truth. The state has no source of money other than the money people earn themselves. If the state wishes to spend more, it can do so only by borrowing your savings or by taxing you more. There is no such thing as public money, there is only taxpayers' money.»

IG Freiheit fordert Kostenkontrolle in der Verwaltung

Für die Interessen der Steuerzahler und der Wirtschaft wird sich die IG Freiheit auch in Zukunft mit Nachdruck einsetzen: Wir wollen eine Kostenkontrolle in der Verwaltung und werden in dieser Sache nachhaken.

Bern, den 16. März 2023